

Ultrakurzvariante



Europa fit machen für die Zukunft - Ein Beitrag zur Europawahl

Christoph Brüssel, Benita Ferrero Waldner, Dieter Härthe, Johannes Posth, Günter Verheugen sowie der Kuratoriumsmitglieder der Stiftung Senat der Wirtschaft Axel Ekkernkamp, Sigmar Gabriel, Theo Gottwald, Estelle Herlyn, Volker Kronenberg, Franz Josef Radermacher, Jürgen Rüttgers unter Mitwirkung vieler Vertreter

des Senats der Wirtschaft Deutschland und des Senate of Economy Europe.

Vorwort

Die europäische Union ist unsere Heimat und ein großartiger Lebensraum. Europa ist ein weltweit einzigartiges Beispiel dafür, dass es möglich ist, innerhalb von nur einer Generation aus erbitterten Feinden Partner und Freunde werden zu lassen. Im Zusammenwirken der Europäer können wir diesen Raum erhalten und weiterentwickeln – selbst in schwierigen Zeiten.

Wir bewegen uns in schwierigen Zeiten. Die Chancen für die Gestaltung der Zukunft haben sich aus europäischer Sicht in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Die neue Politik der USA, die Konflikte im Nahen Osten, das rasante Wachstum der Bevölkerung in Afrika, die unklaren Verhältnisse in der Ukraine, das Aufsteigen Chinas, das schwierige Verhältnis zu Russland haben die politische Lage komplexer und unüberschaubarer gemacht. Hinzu kommt eine zunehmende soziale Spaltung in Europa zwischen und innerhalb der Mitgliedsstaaten sowie massive Tendenzen einer Re-Nationalisierung in einigen EU-Staaten, das Erstarken populistischer Bewegungen, die endlose Debatten über den Brexit und seine Folgen. Viele ungelöste Aufgaben in den Bereichen Umwelt und Klima, eine massive Verschärfung der Migrationsfrage und viele industriepolitische Herausforderungen sind ungelöst. Letztere sind eingebettet in ein Umfeld rasanter Innovationen in den Bereichen Informationstechnik und Künstliche Intelligenz, mit großem Gefährdungspotential für die gesellschaftliche Stabilität, zugleich mit dem Potential, zur Lösung der Probleme beizutragen.

Auch in der EU sind die Mitglieder in mehrfacher Hinsicht gespalten. In finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen zwischen Nord und Süd, in Fragen der Rechtsauffassung, der Unabhängigkeit der Gerichte, der Meinungsfreiheit, der Demokratie zwischen Ost- und Westeuropa. Und übrigens auch zwischen Nordwest und Südost in Fragen der Regierungsführung, der Bekämpfung organisierter Kriminalität. Es ist leider so, dass Europa dabei vor Herausforderungen steht, die zum ersten Mal die Gefahr beinhalten, dass das europäische Projekt auseinanderbricht.

Die Autoren dieses Textes und der Senat der Wirtschaft in Deutschland und Europa argumentieren vor der anstehenden Europawahl für ein besseres Europa. Wir setzen dabei insbesondere auf eine enge Zusammenarbeit mit dem französischen Präsidenten Macron. Er fordert von uns Europäern mehr Mut. Freiheit, Schutz, Fortschritt sind seine Orientierungspunkte.

Wir setzen darauf, dass für den Brexit eine gemeinsame Lösung mit Großbritannien zu finden. Das wäre ein wichtiges Signal für ein starkes europäisches Programm. Ein solches Programm muss allerdings die Bürger in Europa überzeugen. Die Bürger müssen viel mehr als bisher persönlich spüren können, dass Europa ihre „Heimat“ ist, dass ihnen Europa viele Vorteile bringt und dass es in Europa gerecht zugeht. Dafür muss die EU ihr Demokratiedefizit zügig überwinden und eine glaubwürdige Nachhaltigkeitsagenda, vor allem im sozialen und ökologischen Bereich, verfolgen. Eine leistungsfähige Wirtschaft und eine kluge Industrie- und Innovationspolitik sind dafür wichtige Voraussetzungen. Die Umwelt- und Klimafrage und viele soziale Fragen sind in diesem Kontext weltweit von Bedeutung. Ein primär europäischer oder gar nationaler Fokus ist gerade in der Klimapolitik eher schädlich. Erhebliche internationale Transfers für den Schutz der Umwelt und soziale Erfordernisse sind in diesem Kontext erforderlich. Ihnen müssen erhebliche Gewinne an anderer Stelle gegenüberstehen. Solche Win-

Win-Effekte zeichnen kluge Lösungen aus. Die „Gelbwesten“ in Frankreich zeigen deutlich, dass Problemlösungen für Klima und Umwelt primär zu Lasten wirtschaftlich eher schlechter gestellter Teile der Bevölkerung nicht konsensfähig sind. Sie steigern nur die Wut auf Vertreter der heutigen Diskurseliten.

Der folgende Text macht zu alldem Vorschläge. Es ist dies eine Kurzzusammenfassung einer umfangreicheren Analyse auf Basis verschiedener Einzelbeiträge der Autoren und der oben genannten Mitautoren, die als Buch gesondert publiziert werden. Wir fordern die Verantwortungsträger, vor allem in Deutschland auf, in die beschriebene Richtung zu operieren¹. Dazu formulieren wir 20 konkrete, eng aufeinander bezogene Politiklinien für wichtige Themenfelder.

¹ Wir möchten an dieser Stelle auch auf die wichtige Initiative der Autoren H. Eichel, J. Habermas, R. Koch, F. Merz, B. Rürup, B. Zypries „Für ein solidarisches Europa – Machen wir Ernst mit dem Willen unseres Grundgesetzes, jetzt!“ hinweisen. Diese Initiative / diesem Aufruf haben sich mittlerweile schon mehr als 500 Unterzeichner angeschlossen. Es soll eine Petition in den Bundestag eingebracht werden. Die Überlegungen dieser Initiative passen gut zu unseren eigenen Vorschlägen.

20 Handlungsfelder

1. Governance
2. Kultur
3. Finanzsystem und Währung
4. Wirtschaft
5. Industriepolitik
6. Digitalisierung
7. Künstliche Intelligenz
8. Bildung
9. Soziale Balance
10. Gesundheit
11. Umwelt
12. Klima
13. Agrarpolitik
14. Neue Nachbarschaftspolitik
15. Migration und Außengrenzen
16. Militär und äußere Sicherheit
17. Russland
18. Zusammenarbeit mit großen Schwellenländern
19. Entwicklungszusammenarbeit
20. Partnerschaft mit Afrika

1. Governance

Die Europäische Union ist heute ein teilsouveräner Staat² mit einem Staatsgebiet, einem Staatsvolk, einer Staatsmacht mit einer demokratischen Legitimation. Jetzt steht die Entwicklung einer vollen europäischen Demokratie mit einem voll handlungsfähigen Parlament, einer europäischen Regierung und die schrittweise Einführung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen an. Die Institutionen der EU müssen den Bürgern gegenüber voll rechenschaftspflichtig werden. Das neue Europa wird ein Europa variabler Geschwindigkeiten sein. Ferner muss die Finanzausstattung der EU deutlich besser werden und vermehrt eigene Steuereinnahmen beinhalten. Perspektivisch könnte sich das EU-Budget ab 2020 jährlich um 10 % gegenüber den bisherigen Plänen erhöhen. Die Haushalte der Mitgliedsstaaten sollten in mindestens gleichem Umfang entlastet werden, wobei nur solche Aufgaben neu auf der EU-Ebene angesiedelt werden sollten, die dort besser – und kostengünstiger – als auf der Ebene der Mitgliedsstaaten gelöst werden können. Dabei gilt: Freiheit und Selbstbestimmung sind nicht zum Nulltarif zu haben. Es geht um ein besseres Europa, ein Europa, dass nicht nur Werte hochhält, sondern auch Willens und in der Lage ist, seine Interessen global und in der Nachbarschaft zu vertreten. Wir rufen in diesem Sinne zur europäischen Selbstbehauptung in schwierigen Zeiten auf.

2. Kultur

Die europäische Kultur ist eine Kultur der Vielfalt. Sie hat wesentlich die Welt mitgeprägt. Das betrifft gerade auch das geistige Leben, die Haltung zu Wissenschaft, Technik, Religion und Kunst, unser Verständnis von solidarischer Gemeinsamkeit und individueller Freiheit. Die europäische Kultur hat das Wissen und das technische Können der Menschheit ebenso geprägt wie die verschiedenen Künste und die große Welt des Sports. Heute weltweit akzeptierte ethische Positionen sind hier entstanden und kontinuierlich weiterentwickelt worden. Die europäischen Städte und seine Kulturlandschaften gehören zum Menschheitserbe. Hier in Europa wollen wir leben und unsere Art zu leben schützen und erhalten und das in einem zunehmend schwierigen internationalen Umfeld. Wir sollten deshalb im Rahmen einer weltoffenen Grundhaltung unsere „Heimat“ schützen und unseren „Patriotismus“ erhalten, in einem „Vaterland Europa“ unsere Kräfte bündeln und unsere Kultur stärken, denn die Angst vor dem Verlust der kulturellen Identität belastet zunehmend die westlichen Gesellschaften.

3. Finanzsystem und Währung

Die europäische Union braucht eine leistungsfähige gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik und einen gemeinsamen Währungsraum. Ein Eurobudget, ein zuständiger EU-Kommissar sowie thematische Programme und Schwerpunktsetzungen einer zukünftigen europäischen Regierung sind wichtig. Das Steuer- und Abgabensystem muss in den Grundstrukturen harmonisiert werden. Wir müssen den Euro zu einer echten alternativen Weltwährung entwickeln. Die hässlichen Sanktionen der USA gegen europäische Unternehmen im Bereich der internationalen Finanzstrukturen verlangen eine klare europäische Antwort.

² Rüttgers, J.: Mehr Demokratie in Europa. Die Wahrheit über Europas Zukunft, Tectum Verlag, Marburg 2016

4. Wirtschaft

Eine leistungsfähige Wirtschaft ist das Rückgrat einer guten Zukunft Europas. Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts.

Die soziale Marktwirtschaft mit starker ökologischer Flankierung (Ökosoziale Marktwirtschaft) ist die Wirtschaftsordnung der Europäischen Union. In den letzten Jahren hat sich allerdings die soziale Balance in Europa verschlechtert. Unser Wachstum war teilweise nicht inklusiv. Hier gilt es auf der Basis expliziter Kenngrößen (z. B. Gini-Index) gegenzusteuern.

Unser Wohlstandsniveau soll auch zukünftig erhalten werden. Wir müssen dazu Menschen mit Potential von außen zu uns holen und eine kluge europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben. Wir werden uns wirksam gegen globale Monopole und den drohenden Verlust der eigenen persönlichen Datenhoheit wehren.

5. Industriepolitik

Eine kluge Industriepolitik der EU ist erforderlich. Wir unterstützen die Planungen der Europäischen Kommission, im neuen Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“³ in den Jahren 2020–2025 insbesondere drei Schlüsseltechnologie-Gruppen voranzubringen: Produktionstechnologien, Digitaltechnologien und Cyber Technologies. Ein weiteres wichtiges Ziel ist der Aufbau einer digitalen Struktur als Jobmaschine. Dazu soll ein „sicheres Internet“, das die europäische digitale Souveränität gewährleistet, aufgebaut werden.

Des Weiteren muss die Europäische Union den Schutz ihrer Wettbewerbsordnung, die Verhinderung von Monopolen, die Durchsetzung ihrer Standards (Umwelt, Datenschutz, technische Sicherheit, Lebensmittel- und Bio-Sicherheit etc.) gegen Verstöße und Angriffe ausbauen. Dies betrifft auch die weltweite Finanzinfrastruktur.

6. Digitalisierung

Digitalisierung bedeutet den immer stärkeren Einsatz von Rechnern aller Art in vernetzten, häufig ortsungebundenen Konstellationen. „Moore’s Law, also die Verbesserung des Preis-Leistungs-Verhältnis bei Rechnern um den Faktor 1.000 alle 20 Jahre ist dabei der Treiber. Die Geschwindigkeit wird weiter zunehmen.

Der flächendeckende Einsatz von Wissen wird zu einer entscheidenden Herausforderung. Dieser bestimmt heute schon die Verhältnisse in vielen Wertschöpfungsketten. Des Weiteren ist aus diesen Elementen heute bei den großen Monopolunternehmen der Silicon Valley - Ökonomie bereits ein „Überwachungskapitalismus“ entstanden. Diese neue Welt braucht dringend Regeln.

Informationstechnik in der Logik Europas verlangt einen angemessenen Umgang mit Daten und Schutz der Menschen vor „gläsernen Verhältnissen“. Das Recht des Eigentums an Daten muss in diesem Kontext neu gefasst werden.

³ Independent High Level Group On Industrial Technologies der Europäischen Kommission Report „Reining Industry – defining innovation“ 2018

Europa muss seinen eigenen Weg gehen, der sowohl seine digitale Souveränität sichert, als auch die Privatheit seiner Bürger garantiert.

7. Künstliche Intelligenz

Verzichtet man auf James Bond- und Science Fiction-Phantasien, ist KI ein wichtiger neuer Schritt in der Digitalisierung, aufbauend auf der dramatischen Steigerung der Leistungsfähigkeit von Chips, Vernetzung und mobiler Kommunikation.

KI ist daher ein wichtiges Thema. Es hat aber auch Hype-Charakter. Und es wird dem sprachlichen Anspruch nicht gerecht. Europa war führend in der Entwicklung einer Symbol-basierten KI. Unter dem Einfluss der Silicon-Valley-Giganten ist dieser anspruchsvolle Weg aufgegeben worden zugunsten von Verfahren vom Typ Neuronale Netze, die im wesentlichen Korrelationen erkennen, aber keine kausalen Zusammenhänge (correlation statt causation). Diese Verfahren setzen massiv auf die Nutzung großer Datenbestände auf. Dies entspricht den Wettbewerbsvorteilen dieser Unternehmen. Das jüngste Weltwirtschaftsforum in Davos kommentierte dies mit der Aussage „Unsere KI ist so gut wie unsere Daten“. Wir sollten in Europa mit größerem Anspruch arbeiten und neben „correlation“ auch wieder an unsere früher verfolgten Strategien einer symbolischen KI mit dem Anspruch von „causation“ anknüpfen.

8. Bildung

Bildung ist für die Leistungsfähigkeit von Gesellschaften, für die Zufriedenheit der Menschen, aber auch für den sozialen Ausgleich ein zentrales Thema. Die EU muss in diesem Bereich einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten, unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips, setzen. Dies gilt insbesondere auch für eine intensivere Bildung in MINT-nahen Fächern, welche die Basis sind für Fortschritte in so wichtigen Themenbereichen wie erneuerbare Energie, synthetische Kraftstoffe, Künstliche Intelligenz, Zukunft der Mobilität, smart Home und smart City sowie Erhalt und Fortentwicklung der Technikseite unserer Kultur.

9. Soziale Balance

Europa ist Teil der reichen Welt, das Niveau des sozialen Ausgleichs ist vergleichsweise hoch, aber es gibt auch große Wohlstandsunterschiede – innerhalb und zwischen den EU-Staaten. Globalisierung und technischer Fortschritt üben Druck auf die soziale Balance unserer Gesellschaften aus. Viele Menschen fühlen sich als Verlierer und sehen keine ausreichende Sicherheit mehr für ihre Zukunft. Die „Gelbwesten“ in Frankreich machen das Problem deutlich.

Die EU muss sich deshalb mehr und aktiv um soziale Balance kümmern: zwischen den Mitgliedsstaaten und innerhalb der Staaten. Die Starken müssen mehr tun für das Ganze – zumindest in Bezug auf die Finanzierung von europäischen Programmen und Sozialfonds. Wir streben dabei eine explizite Orientierung an Messgrößen, ähnlich der OECD, basierend auf dem Gini-Koeffizienten der Einkommensverteilung, an.

10. Gesundheit

Bis zur Wirtschafts- und Finanzkrise haben sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ökonomisch angenähert. Der Prozess der europäischen Konvergenz ist aber danach zum Erliegen gekommen. Das muss geändert werden. Die EU soll sich in Zukunft das Ziel einer sozial kohärenten Gesundheitspolitik setzen. Möglichst alle Bürger sollen einbezogen werden. Das gilt auch bei Pflegebedürftigkeit. Ein kluges System kombiniert eine allgemeine Gesundheitsversicherung mit der Möglichkeit individueller Zuzahlungen, wobei im freiwilligen Bereich für angemessene Preise gesorgt werden muss. Die Gesundheitsversicherung soll sich an einem Prozentsatz des nationalen BIP orientieren, der etwa dem heutigen Wert entspricht. Die europäische Ebene könnte sich mittelfristig mit einem Finanzierungsbeitrag in die Basisversicherung einbringen. Auch auf anderen Feldern muss die EU aktiver werden, insbesondere bei der grenzüberschreitenden Notfallversorgung und der Ausbildung der Gesundheitsfachberufe. Auf globaler Ebene muss sich die europäische Gesundheitspolitik in Zukunft stärker einbringen und handlungsfähiger werden.

11. Umwelt

Fragen der Umwelt, insbesondere Ökologie und Ressourcen sind Schlüsselfragen für die Zukunft. Hier hat Europa Kompetenz. Hier ist Europa aber auch sehr stark gefordert. Denn die Welt ist auf einem unheilvollen Kurs und der Preis für ein Scheitern der Weltgemeinschaft bei diesem Thema wird sehr hoch sein. Scheitern betrifft neben dem Klima die eng damit verknüpften Themen Agenda 2030 und Bevölkerungsentwicklung.

Der Mensch zerstört mittlerweile seine Lebensgrundlagen. Die Staaten dieser Welt sind offenbar nicht dazu in der Lage, das Notwendige zu tun, um zukünftigen Generationen eine entsprechende Lebensperspektive zu ermöglichen. Wir votieren an dieser Stelle für eine Politik, die auch die globalen Herausforderungen klar bekennt und – über geeignete Mechanismen – europäisches Geld zum Schutz weltweiter Gemeingüter aktiviert, z. B. der großen Regenwälder, der Ozeane und der Tiere und Insekten. Und die zugleich den Privatsektor dafür gewinnt, sich im wohlverstandenen Eigeninteresse weltweit viel stärker als bisher für Entwicklung und Klima zu engagieren⁴. Dies betrifft vor allem ein freiwilliges Engagement in hochwertigen Projekten in Nichtindustrieländern, die sowohl Entwicklung im Sinne der SDGs fördern (Co-Benefits), als auch CO₂ bilanziell reduzieren (Kompensation). Ein solches privates Engagement sollte von politischer Seite gefördert werden.

12. Klima

Im Klimabereich steuert die Welt auf eine massive Katastrophe zu, wenn nichts geschieht. Die Zukunft könnte hässlich werden. Es droht die massive Zerstörung von Natur und von Eigentumswerten. Bis zum Ende des Jahrhunderts könnten Milliarden Menschen betroffen sein. Viele Lebenszeiten könnten verkürzt werden. Mit dem Paris-Vertrag wurde zwar ein Schritt zur Lösung des Problems getan,

⁴ Wir weisen in diesem Zusammenhang auf die Allianz für Entwicklung und Klima des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hin, die genau diese Anliegen verfolgt und vom Senat der Wirtschaft e.V. vollumfänglich unterstützt wird. Es wird angestrebt, diese Allianz im Kontext der deutschen-EU-Präsidentschaft 2020 auf die europäische Ebene auszuweiten.

aber viel zu wenig, viel zu spät und bisher mehr auf der Ebene der Worte, als der Taten.

Europa muss zukünftig viel klüger operieren, wenn das Klima eine Chance haben soll. Einfache Leitbilder wie totale Dekarbonisierung oder flächendeckende Elektromobilität lösen das Klimaproblem nicht, bedrohen aber potenziell den Wohlstand unserer Gesellschaft und können zu einer Spaltung führen. Realistisch ist eine Welt, die die erneuerbaren Energien klug ausbaut und mit einem Kohlenstoff-Kreislauf (Methanolökonomie) verknüpft. Die Kohlenstoffintensität wird dabei durch Zirkularisierung erheblich abgesenkt und insgesamt in einen Kohlenstoff-neutralen Kreislauf eingebettet, wobei die Böden zu einer wichtigen Kohlenstoffsenke werden. Das verbessert zugleich die Bodenqualität. In diesem Bereich bieten sich internationale Partnerschaften mit Staaten an, die sehr viel Kohle einsetzen, z. B. China, Indien und Südafrika. Interessant sind ebenso Staaten mit großen Wüsten im Sonnengürtel der Erde (u.a. Desertec 2.0).

Der Treiber im Klimabereich ist heute schon China. Afrika und der indische Subkontinent werden in völlig legitimem Aufbau von mehr Wohlstand in der Summe China bezüglich der CO₂-Emissionen womöglich noch übertreffen, weil die Bevölkerungen noch deutlich größer sind und weiter rasch wachsen. Hier klimaneutrale Wege des Wachstums zu finden und mitzufinanzieren, wird zur entscheidenden internationalen Herausforderung werden. Der Privatsektor muss dabei wesentliche Beiträge leisten⁴. Hier entscheidet sich die Klimafrage.

13. Agrarpolitik

Europa ist einer der großen Agrarproduzenten der Welt. Eine starke Verarbeitungswirtschaft exportiert weltweit. In Europa sind Verfügbarkeit, Zugang und Nutzung von Nahrung rechtlich und quantitativ gesichert. Allerdings sind die Strukturen in den ländlichen Räumen Europas unterschiedlich entwickelt. Agrarpolitik ist immer auch Strukturpolitik. Sie ist zugleich Arbeitsmarkt-, Umwelt- und Klimapolitik. Deshalb ist der Agrarhaushalt der größte Einzelposten im EU-Budget. Die Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik sollte sich auf eine flächendeckend resiliente, klimapositive Land- und Lebensmittelwirtschaft richten. Leistungen der Erzeuger zum Boden-, Wasser-, und Klimaschutz sowie zum Erhalt der Biodiversität sollten verstärkt gesellschaftlich honoriert werden. An dieser Stelle sollten europäische Mittel eingesetzt werden. Eine wissenschaftsbasierte ökologische Intensivierung auch unter Nutzung digitaler Technologien und neue Monitoring- und Indikatorensysteme werden den Erfolg gemeinwohlorientierter Leistungen beispielsweise beim notwendigen Humusaufbau gerecht bezahlbar machen. Agrarökologische Techniken, wie das Einbringen von Bio-Kohle in die Böden, werden entscheidende Beiträge zur Bewältigung der Klimaprobleme leisten. Die europäischen Kulturlandschaften werden bei einem entsprechenden agrarpolitischen Regime vielfältige Funktionen für eine nachhaltige Entwicklung Europas übernehmen. Agrarpolitik sollte in Europa eng mit Klimapolitik verknüpft werden. Die entsprechenden Ansätze und Programme sollten auch weltweit eine große Rolle spielen. Hier sind tragfähige Partnerschaften zu organisieren.

14. Neue Nachbarschaftspolitik

Die Europäische Union ist der einzige supranationale Staat, der heute schon sowohl aus humanitären Gründen, als auch aus eigenem Interesse, seinen Nachbarn mit großen Programmen hilft, demokratische Institutionen, einen Rechtsstaat, Gewaltenteilung, eine soziale Marktwirtschaft und eine freiheitliche Gesellschaft aufzubauen.

Die EU sollte durch eine Kombination aus einer privilegierten Partnerschaft (unterhalb der Vollmitgliedschaft) und einer aktiven Hilfe durch ein verändertes Nachbarschaftsprogramm noch mehr als bisher zu Förderung von Perspektiven für ein Leben in Freiheit, Frieden, Recht und Wohlstand in den Nachbarstaaten der EU beitragen.

15. Migration und Außengrenzen

Migration wird für die Zukunft noch wichtiger werden. Das gilt international, aber auch für Europa.

Im Bereich Migration ist eine kluge Kombination einer Zuwanderungspolitik mit der Aufnahme vor allem qualifizierter, interessierter Menschen aus anderen Ländern wichtig. Das fördert die internationale Zusammenarbeit und erzeugt über Remittances (Rücküberweisungen durch Arbeitskräfte in ihre Herkunftsländer) auch erhebliche finanzielle Rückflüsse in entsprechende Länder und kann so zur weiteren Entwicklung, auch im Sinne der Agenda 2030, beitragen.

Wir brauchen in Europa kluge Köpfe von überall her aus der ganzen Welt, und zwar für sehr viele unterschiedliche Betätigungsfelder. Persönlicher Austausch mit Menschen aus aller Welt, z. B. über Bildungspartnerschaften und einen an Nachhaltigkeitserfordernissen orientierten Tourismus sind in diesem Kontext besonders hilfreich.

16. Militär und äußere Sicherheit

Die neuen, unsicheren Weltverhältnisse führen zu der Herausforderung, die militärische Kapazitäten in Europa zu stärken. Dies ist die NATO-Position. Parallel dazu sollten die zivilen Konfliktvermeidungspotentiale ebenfalls erhöht werden. Es gibt zugleich Zweifel an den Sicherheitsgarantien für Europa durch die USA. Dabei geht es nachvollziehbar auch um die Lastenverteilung. Die neuen EU-Mitglieder im Osten Europas sind aus einsichtigen Gründen besonders sensibel, was die Erfordernis stärkerer militärischer Kapazitäten anbelangt. Dabei ist zu beachten, dass europäische Außenpolitik generell auf Konflikt- und Kriegsvermeidung durch faire multilaterale Abkommen setzt. Kriege sind für uns generell nur Verteidigungskriege.

Im militärischen Bereich müssen insofern die Aufwendungen erhöht und zugleich mehr Aufgaben auf europäischer Ebene übernommen werden. Mehr Kooperation der EU-Staaten ist in diesem Bereich erforderlich, um erhebliche Synergieeffekte zu erschließen, um aus dem vielen eingesetzten Geld mehr zu machen.

Der größere Teil des Militärs wird national verankert sein, aber bei verbesserter Zusammenarbeit und Abstimmung (z. B. gemeinsame Einheiten mehrerer Staaten) und besser europäisch koordiniert. Das gilt auch bezüglich Rüstungsexporten. Insbesondere ist hier teilweise die Aufgabe des Einstimmigkeitsprinzips in der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union erforderlich. Parallel

dazu soll eine leistungsfähige europäische Armee entstehen, die als Teil der NATO operiert. Über die EU-Ebene soll ein solches Programm finanziell flankiert werden.

17. Russland

Russland ist für uns ein wichtiger Partner, denn Russland ist ein wichtiges, eng mit Europa verbunden. Russland gehört zu Europa und ist ein Kernland Eurasiens. In Bezug auf Ressourcen besitzt Russland mit Sibirien eines der größten Potentiale auf der Welt.

Heute belasten der Krim-Krieg und die Destabilisierung in der Ost-Ukraine die Zusammenarbeit. Hier sollte sich die EU zum Vorteil aller Beteiligten mit neuen Vorschlägen einbringen, denn Sanktionen überleben sich irgendwann und spätestens dann ist ein intensivierter Austausch angesagt.

18. Zusammenarbeit mit großen Schwellenländern

Die weiter steigende Weltbevölkerung hat in den letzten Jahrzehnten und wird für die Zukunft Schwellenländer mit einer sehr großer Bevölkerung hervorbringen. Exemplarisch genannt seien China und Indien, zukünftig auch Nigeria, Brasilien.

China und Indien, operieren bereits im Weltraum. Mit dem Projekt „Neue Seidenstraße“, versucht China seinen Einfluß in vielen Ländern auszubauen. China entfaltet allerdings im Südchinesischen Meer und bei den Nachbarn militärische Macht und provoziert Konflikte. Zwischen Indien und China schwelt weiterhin ein Konflikt im Himalaya.

Die EU sollte mit allen diesen Ländern kluge Partnerschaften auf der Basis der Prinzipien der Vereinten Nationen, im Besondern auch der ILO, auf der Basis einer fortentwickelten WTO und im Kontext des Paris-Abkommens suchen. Faire Bedingungen entlang von Wertschöpfungsketten sollten WTO-kompatibel gestaltet werden. Das wird Transfers beinhalten. Die erratische Politik der US-Administration, z. B. in der Umsetzung des neuen NAFTA-Abkommens, eröffnet vielleicht auf WTO-Ebene neue Chancen.

19. Entwicklungszusammenarbeit

Europa ist international der größte Geber von Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Mitteleinsatz auf Seiten der Mitgliedsstaaten und Mitteleinsatz der Europäischen Union. Insgesamt liegen die Mittel bei etwa 0,4 % des BIP. Es ist noch ein langer Weg zu den anvisierten 0,7 %: Deshalb fordern wir für Europa einerseits deutlich höhere Anstrengungen, orientiert an dem 0,7 %-Ziel, ferner einen systematischen Prozess, bei dem zunehmend diese Mittel von der EU gesteuert werden.

Die SDGs können bei globaler Zusammenarbeit der Staatengemeinschaft bis 2050, nicht jedoch bis 2030, umgesetzt werden, und auch das nur auf einem bescheidenen Wohlstandsniveau in vielen Ländern. Auch dazu ist eine deutlich verbesserte internationale Zusammenarbeit erforderlich. Viel Geld und „Gehirn“ aus reichen Ländern muss, in wohlverstandem Eigeninteresse, in die sich entwickelnden Länder fließen.

20. Partnerschaft mit Afrika

Afrika hat für Europa eine schicksalshafte Bedeutung. Große Chancen und große Risiken liegen eng beieinander. Afrika ist ein junger Kontinent.

Die Vereinten Nationen (UN) haben im vergangenen Jahr ihre Bevölkerungsprognose erhöht. Danach wächst die Weltbevölkerung bis 2050 auf 9,8 Mrd. Menschen. Der Hauptgrund für das starke Wachstum liegt in Afrika, wo derzeit rd. 1,25 Mrd. leben. Nach der UN-Prognose werden es 2030, also in 12 Jahren 1,6 Mrd. Menschen sein, im Jahr 2050 2,5 Mrd. Das ist mehr als eine Verdoppelung in 33 Jahren.

In 2016 veröffentlichte der „Senat der Wirtschaft“ zusammen mit dem Club of Rome eine Studie, in der er vorschlug, einen Marshall-Plan mit Afrika zu erarbeiten und umzusetzen. Entwicklungsminister Gerd Müller hat diese Idee von Anfang an begleitet. Heute steht sie im Koalitionsvertrag der Großen Koalition. Auch das europäische Parlament hat positiv reagiert. Das Programm des Marshall Plan gilt es umzusetzen, auch mit Hilfe der neuen „Allianz für Entwicklung und Klima“ des BMZ. Beide Instrumente sollten im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft in der 2. Hälfte 2020 auf die europäische Ebene erweitert werden. Die anstehende Aktualisierung des Cotonou-Vertrags zur Regelung der Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika, der in 2020 ausläuft, ist in diesem Zusammenhang ein zentrales Thema.